



Inhaltsverzeichnis

19.01.2026	WAZ.de: Atommüll-Transporte durch Duisburg über die A42 drohen – BUND informiert	3
19.01.2026	RUNDBLICK - Politikjournal für Niedersachsen: Salzbrocken auf Atommüll-Fässern BGE gibt dem Parlament Einblick in das marode Lager	5
19.01.2026	t3n.de (t3n digital pioneers): Kernreaktoren wieder hochfahren: Das größte AKW der Welt macht sich für Neustart bereit	7

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

W WAZ.de

Atommüll-Transporte durch Duisburg über die A42 drohen – BUND informiert

19. Januar 2026 13:29 | Medienart: Online | Visits/Monat: 18.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Duisburg.

Bald rollen wohl Castor-Transporte quer durch NRW von Jülich nach Ahaus. Der BUND befürchtet, dass auch der Duisburger Norden auf der geheimen Strecke liegt.

Seit Monaten steht fest, dass bald wöchentlich Atommüll-Transporte durch NRW rollen – und wahrscheinlich auch durch Duisburg: Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) genehmigte die umstrittenen Castor-Transporte von Jülich (Kreis Düren) ins münsterländische Ahaus am 25. August 2025. Möglicherweise liegt die A42 im Duisburger Norden auf der Strecke (wir berichteten). Darum lädt der BUND Duisburg am Donnerstagabend, 22. Januar, zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung ins Soziokulturelle Zentrum Stapeltor.

Der juristische Streit um die Atommüll-Transporte durch Nordrhein-Westfalen geht indes in die nächste Instanz. Die Umweltschutzorganisation BUND NRW hat Beschwerde gegen die Castor-Entscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts eingelegt. Das Verfahren liegt nun beim Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg.

Castor-Transporte durch NRW: Bis zum Start könnte es noch sieben Wochen dauern

Der NRW-Landesverband des BUND kündigte an, per Zwischenverfügung sicherstellen zu wollen, dass die Transporte nicht während des laufenden Eilverfahrens am OVG gestartet werden. Zuvor hatte das Berliner Verwaltungsgericht am 8. Januar einen Eilantrag des BUND als unzulässig zurückgewiesen. Wann die Transporte starten, ist noch unklar. Dem Vernehmen nach sollen die Gerichtsentscheide abgewartet werden. Danach könnte es nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur (dpa) noch bis zu sieben Wochen dauern, bis die ersten Castor-Transporte starten. Castor-Transporte genehmigt: Bundesamt
Panne bei Castor-Transport: Atommüll: Castor-Testfahrten:

Auf der gut 170 Kilometer langen Strecke sollen über die Straße rund 300.000 Brennelemente-Kugeln aus einem früheren Versuchsreaktor in Jülich per Lkw transportiert werden. Es wurden 152 Einzeltransporte beantragt, die aber gebündelt werden könnten. Der Transport des Atommülls auf der Straße wird sich über einen längeren Zeitraum in jeweils kleinen Konvois erstrecken. In der Summe handelt es sich um einen der größten Atommüll-Transporte auf der Straße seit Jahrzehnten. Mögliche Route über A42 und

Beeckerwerther Rheinbrücke

Probetransporte führten Ende 2023 auf Duisburger Stadtgebiet durch das Autobahnkreuz Kaiserberg (A3/A40), das Kreuz Duisburg (A40/A59), die A59 und die A42. Diese Route ist wegen der Ablastung der maroden Berliner Brücke (A59) auf 40 Tonnen nicht mehr möglich – ein Castortransporter wiegt insgesamt etwa 130 Tonnen. Auch interessant für Sie? 5 viel gelesene Duisburg-Artikel: Frauen kritisieren Niederrhein-Therme massiv: Wie schlimm ist es wirklich? Pokémon-Mord: Die bittere Wahrheit über das aktuelle Leben des Täters Legendäre Clubs in Duisburg: „Bin im Hellen rein und im Hellen wieder raus“

„Eine mögliche andere Route ist jedoch über die A42, die unmittelbar durch Beeck und Beeckerwerth geht, aber auch an Baerl, Hamborn, Neumühl und Bruckhausen vorbei“, erklärt Kerstin Ciesla, stellvertretende Vorsitzende des BUND NRW und Vorsitzende des Duisburger Kreisverbandes. Sie warnt: „Es gibt ein Gutachten zu möglichen Terrorgefahren bei Castor-Transporten. Wendet man dies auf die Strecke der A42 an, wird mir angesichts der dichten Wohnbebauung übel.“ Die Streckenführung unterliegt der Geheimhaltung.

Ciesla wird am Donnerstagabend im Zentrum Stapeltor ab 18.30 Uhr über die Geschichte des **Atommülls** in Jülich, die ursprünglichen drei Optionen für den Müll, die Klagen des BUND und über das Gutachten zu Terrorgefahren bei Castor-Transporten sprechen. (mit dpa)

Salzbrocken auf Atommüll-Fässern BGE gibt dem Parlament Einblick in das marode Lager

Die Bundesgesellschaft für Endlager (BGE) hat über die Fortschritte bei der Bergung des Atommülls aus dem früheren Asse-Bergwerk im Landkreis Wolfenbüttel unterrichtet. „Im vergangenen Jahr haben wir viel geschafft“, bilanzierte BGE-Chefin Iris Graffunder am Montag in der Sitzung des Umweltausschusses des Landtags. Insbesondere auf die Inspektion der beiden Kammern in dem marodierenden Bergwerksbau habe man jahrelang hingearbeitet. Die Ergebnisse dieser Erkundungen sorgen bei den Landespolitikern für eine gewisse Beunruhigung. Nicht nur berichtete Jens Köhler, Asse-Leiter bei der BGE, von immer wieder auftretenden Wasserschüben, die zur Sicherung der Anlage in immer tieferen Schichten aufgefangen werden müssen. In den Einlagerungskammern selbst bot sich den Erkundungsteams ein wüstes Bild. Die Fässer mit mittel- und schwachradioaktivem Abfall, die dort in den 1970er-Jahren abgeladen wurden, haben ihre ursprüngliche Anordnung verloren. Vom früheren Kegel aus gelben Fässern ist nicht mehr viel zu sehen, zahlreiche Fässer sind den Kameraaufnahmen zufolge an die Seite gerollt. Für mögliche Bergungsarbeiten stelle sich deshalb nun die Frage, wie das Gelände überhaupt befahren werden kann, berichtet der Fachmann. Zudem seien erkennbar Salzbrocken von der Decke abgebrochen und auf die Fässer gefallen. Die Kammerdecke habe sich außerdem insgesamt abgesenkt, berichtet Köhler. Der ursprünglich zwei Meter lange Abstand habe sich auf einen Meter verringert. Immerhin eine positive Meldung konnte der BGE-Mitarbeiter den Abgeordneten überbringen: In den Kammern sei keine explosionsfähige Atmosphäre entstanden. Bergetechnisch sei das sehr bedeutsam. Klar wurde aber auch: Mit der Rückholung wird

ganz sicher nicht, wie geplant, im Jahr 2033 begonnen werden können.

Wie soll es mit der Bergung des Asse-Atommülls nun weitergehen? Schon früh sei festgestellt worden, dass die Fässer nicht über denselben Schacht herausgeholt werden können, über den sie hineingebracht worden sind. Mit gezielten Bohrungen sei deshalb 2024 und 2025 die Lage eines neuen Schachts ermittelt worden, erläuterte BGE-Chefin Graffunder. Damit die Rückholung atomrechtlich ordnungsgemäß vonstattengehen kann, müsse deshalb ein komplett neues Bergwerk errichtet werden – inklusive Werkstätten und Nebenräumen. Für jede Kammer werden zwei separate Bereiche gebraucht: Einen Zugang mit Schleusen, die eine Kontamination der gesamten Anlage verhindern. Und eine große Filteranlage. Werden die Kammern geöffnet, müsse der Unterdruck erhalten bleiben, weil sonst die Radioaktivität ungehindert austreten würde, erläuterte Graffunder. Neben dem neuen Bergwerk, das den Namen „Asse 5“ tragen soll, wird zudem noch ein neues Zwischenlager benötigt. Ohne dieses ist eine Rückholung ausgeschlossen. Doch hier stockt der Prozess – und zwar ganz entscheidend. „Seit dem letzten Bericht gab es hier keine Neuerungen“, räumte Graffunder ein. Etwa die Hälfte der vorgesehenen Flächen gehöre bereits dem Bund, doch an die andere kommt der Staat voraussichtlich ohne Enteignung nicht ran. „Die Voraussetzungen für das Zwischenlager sind noch nicht gegeben“, fasst es die BGE-Chefin schlicht zusammen. Auch bei der benötigten Zufahrtstraße stellt sich der Kreistag quer. Offenbar, wie Graffunder mutmaßt, weil man darin eine Vorfest-

legung für eine dauerhafte Einlagerung des Atommülls vor Ort sieht.

Marcus Bosse zeigte sich im Anschluss an die Unterrichtung im Ausschuss schwer enttäuscht. Der SPD-Umweltpolitiker aus Wolfenbüttel kann nicht nachvollziehen, wieso die BGE keine Alternativen zum Zwischenlager-Standard prüft – obwohl die Behörde doch wisse, dass lediglich die Hälfte der Flächen bislang zur Verfügung steht. „Ich hatte gehofft, dass man zumindest an einem Plan B arbeitet“, sagte er dem Politikjournal Rundblick. BGE-Chefin Graffunder hatte ihm auf Nachfrage bestätigt, dass ein Asse-fernes Zwischenlager gar nicht gesucht werde. Dies sei nicht möglich, weil die Atommüll-Fässer nicht transportfähig seien. Vor Ort müssen diese zuerst nachbehandelt, charakterisiert und dann auf ihre Transportfähigkeit hin eingestuft werden. Während sich Bosse im Zuge der sogenannten Konsequenzenanalyse auch eine Prüfung der Option wünscht, keine oder nur einen Teil der Fässer zu bergen, lehnen die Grünen diese Möglichkeit strikt ab. „Die Fässer müssen so schnell wie möglich raus“, sagte Britta Kellermann, atompolitische Sprecherin ihrer Fraktion, dem Politikjournal Rundblick. Angesichts des maroden Zustands der Anlage sei da Druck drauf. Kellermann und Bosse forderten die BGE einhellig auf, die entsprechenden Antragsunterlagen nun zügig beim niedersächsischen Umweltministerium einzureichen, damit dieses mit der Prüfung beginnen könne. Die BGE arbeite derweil weiter an einem Rückholplan. Dieser sollte bereits im vergangenen Jahr vorgelegt werden. Graffunder hofft, bei der nächsten öffentlichen Informationsveranstaltung im März mit diesem Plan aufwarten zu können.

Wörter: 676
Autor/-in: Niklas Kleinwächter
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe: Einzelausgabe

Weblink: <https://rundblick-niedersachsen.de/salzbrocken-auf-atommuell-faessern-bge-gibt-dem-parlament-ein-blick-in-das-marode-lager>

Analyse

Kernreaktoren wieder hochfahren: Das größte AKW der Welt macht sich für Neustart bereit

Nach der Atomkatastrophe von Fukushima 2011 werden zwei Reaktoren des AKW Kashiwazaki-Kariwa wieder hochgefahren. Betreiber Tepco erhofft sich dabei dreierlei Nutzen.

Der Gouverneur der japanischen Präfektur Niigata markierte einen Wendepunkt in Japans Atompolitik: Am 21. November gab Hideyo Hanazumi nach Jahren des Zögerns, Skandalen und technischen Nachrüstungen sein „Ja“ zum Neustart des Atomkraftwerks Kashiwazaki-Kariwa. Jetzt ist es soweit: Am 20. Januar 2026 sollen die zwei Reaktorblöcke 6 und 7 wieder hochgefahren werden. Für den 26. Februar 2026 ist dann der kommerzielle Betrieb geplant.

Erstmals wieder Atomstrom

Das AKW ist nicht irgendein Kraftwerk. Mit einer installierten Gesamtleistung von über 8,2 Gigawatt ist es der leistungsstärkste Atomkomplex der Welt. Und sein Betreiber ist niemand Geringerer als die Tokyo Electric Power Company (Tepco) – jener Konzern, dessen Name seit der Atomkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011 Synonym für das Scheitern der nuklearen Sicherheitskultur geworden ist. Die geplante Wiederinbetriebnahme der Reaktoren 6 und 7 wäre für den Tokioter Stromversorger das erste Mal, dass er seit 2011 wieder Atomstrom produziert. Doch dieser Schritt ist mehr als ein Einschnitt für Tepco, er symbolisiert eine Zeitenwende in Japans Energiepolitik.

Dieser Artikel wurde ursprünglich am 5.12.2025 veröffentlicht, interessiert jedoch immer noch sehr viele unserer Leser:innen. Deshalb haben wir ihn hier nochmals zur Verfügung gestellt.

Nach der Fukushima-Katastrophe wurden alle 54 Kernreaktoren des Landes

stillgelegt. Bis heute sind nur 14 (von anderen Unternehmen) wieder in Betrieb. Sie produzieren rund neun Prozent von Japans Strom. Die Regierung strebt jedoch im neuen Energieplan vom Februar 2025 einen Atomkraft-Anteil von 20 Prozent bis 2040 an, was ohne Kashiwazaki-Kariwa kaum erreichbar scheint.

Kernsanierung: Wie geht es Tepco wirtschaftlich?

Für Tepco geht es um eine finanzielle Kernsanierung durch Kernspaltung. Seit der Abschaltung aller Reaktoren blutet der Konzern finanziell aus. Er muss teures Flüssigerdgas importieren, um die Lichter im Großraum Tokio brennen zu lassen, und gleichzeitig die astronomischen Kosten für die Sanierung der Ruinen von Fukushima Daiichi stemmen – ein Projekt, das Jahrzehnte dauern und hohe Summen verschlingen wird.

Der Neustart der beiden „Advanced Boiling Water Reactors“ (ABWR) hätte damit dreierlei Nutzen: Er würde zusammen 2.710 Megawatt liefern, die Bilanz um etwa 100 bis 120 Milliarden Yen pro Reaktor und Jahr verbessern sowie die Abhängigkeit von teuren fossilen Brennstoffen reduzieren. Tepco-Präsident Tomoaki Kobayakawa bezeichnete den Plan daher als „unverzichtbar“ für die finanzielle Sanierung.

Misstrauen gegenüber Tepco: Sicherheitsmängel

Doch die Genehmigung ist prekär. Ein Grund dafür ist die Geschichte der

Nachlässigkeiten von Tepco. Zwischen 2020 und 2021 kamen schwerwiegende Sicherheitsverstöße ans Licht: Ein Mitarbeiter verschaffte sich mithilfe der ID-Karte eines Kollegen Zugang zum zentralen Kontrollraum. Noch gravierender war die Enthüllung, dass Eindringlings-Detektionssysteme an 15 Standorten über Monate hinweg defekt waren, ohne dass adäquate Ersatzmaßnahmen ergriffen wurden.

Wegen dieses Mangels in der Terrorabwehr verhängte die Atomaufsichtsbehörde NRA im April 2021 das erste Mal in ihrer Geschichte ein faktisches Betriebsverbot. Erst im Dezember 2023, nach umfassenden Reformen und über 4.000 Stunden zusätzlicher Inspektionen, hob die NRA die Anordnung auf. Kurz vor der Zustimmung des Gouverneurs tauchten im November 2025 jedoch erneut Mängel auf. Ein Tepco-Mitarbeiter war unsachgemäß mit geheimen Terrorabwehr-Dokumenten umgegangen.

Erdbebengefahr schürt Widerstand

Erdbeben sind ein weiterer Grund für Misstrauen. Zwar hat Tepco eine 15 Meter hohe Tsunami-Schutzwand errichtet. Technisch sind Block 6 und 7 laut Expert:innen nun sicherer als je zuvor. Doch Technik ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist das Vertrauen der Anwohner:innen, das immer wieder durch Erdbeben – buchstäblich – erschüttert wurde.

So führte beispielsweise 2007 ein Erdbeben in Niigata mit der Magnitude 6,6

zu Bränden und kleineren radioaktiven Lecks. Die gemessenen Bodenbeschleunigungen übertrafen die Auslegungsbasis damals erheblich. Am 1. Januar 2024 zeigte ein Erdbeben bei der nahen Noto-Halbinsel (Magnitude 7,6) erneut die Verwundbarkeit der Region.

Zwar erlitt das Kraftwerk selbst nur leichte Schäden – radioaktives Wasser schwappte aus mehreren Abklingbecken –, das Beben offenbarte jedoch gravierende Probleme bei der Evakuierungslogistik. Küstenstraßen wurden durch Erdbeben zerstört und Gemeinden waren tagelang isoliert.

Gouverneur Hanazumi machte den Ausbau der Evakuierungsinfrastruktur zu einer seiner sieben Bedingungen für den Neustart. Umfragen in Niigata zeigen eine gesplante Meinung: Zwar befürworten 50 Prozent den Neustart, doch fast 70 Prozent äußern Bedenken bezüglich Tepcos Fähigkeit, das Kraftwerk sicher zu betreiben.

Ein fragiler Fahrplan für den Wiederbetrieb des AKW

Nach der Zustimmung des Gouverneurs folgt nun die entscheidende Hürde: Die Präfekturversammlung muss im De-

zember 2025 zustimmen. Da die regierende Liberaldemokratische Partei die Mehrheit hält, gilt die Genehmigung als Formsache. Anschließend sind finale Inspektionen der NRA erforderlich, die etwa zwei Monate dauern.

Es wird jedoch ein Neustart unter dem Mikroskop sein: Jeder kleine Fehler, jedes undichte Ventil, wird medial vergrößert werden. Scheitert Tepco erneut, dürfte die japanische Atom-Renaissance empfindlich gebremst werden.

Wörter:	749	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Martin Kölling	Visits (VpD) ¹ :	155.938
Rubrik:	Future & Science	Unique Users (UUpD) ² :	34.000
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://t3n.de/news/neustart-groeszte-akw-der-welt-1719976/>

¹ von PMG gewichtet 11-2025

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+